

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/01/2017

**über die öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2017,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Jörg Hansen
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Tobias Koch
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Frau Marleen Möller
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Frau Claudia Rathje
Herr Achim Reuber
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Matthias Stern
Frau Martina Strunk
Herr Michael Stukenberg
Frau Doris Unger
Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Yannick Klix	bis TOP 11
Herr Angelius Krause	bis TOP 11
Herr Christof Schneider	bis TOP 11

Verwaltung

Herr Michael Sarach	
Herr Peter Kania	
Herr Horst Kienel	
Herr Thomas Reich	
Frau Birgit Reuter	Protokollführerin
Herr Mathias Horsch	

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase
Herr Dustin Holzmann

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2016 vom 19.12.2016
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 02/2017
 - 7.2.2. Übergabe des Grundstücks "Lindenhof-Parkplatz"
 - 7.2.3. Wahl des Seniorenbeirates
 - 7.2.4. Dankschreiben "Querungshilfe über die Kurt-Fischer-Straße vor den Stormarner Werkstätten"
8. Erlass der Haushaltssatzung 2017 **2016/121/1**
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2017
9. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 **2016/113**
10. Kostenausgleiche nach § 25 a Kindertagesättengesetz **2016/150**
- Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 95 d GO
11. Parkgebührenerlass für E-Autos im Stadtgebiet **2016/149/1**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung gedenkt anschließend der verstorbenen Frau Dr. Katharina Piening. Frau Dr. Piening war von 1974 bis 1982 Stadtverordnete. 1982 bis 1992 war sie Stadträtin im Magistrat der Stadt Ahrensburg. Sie war u. a. Mitglied im Bau- und Planungsausschuss, im Vertriebenenenausschuss und im Ausschuss für Verkehr, Feuerwehr und Wohnungsbauförderung. 1984 erhielt Frau Dr. Piening den Ehrenteller der Stadt Ahrensburg, 1984 die bronzene Verdienstmedaille der Stadt. Ihr kommunalpolitisches Engagement ehrte das Land Schleswig-Holstein im Oktober 1988 mit der Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.12.2016 wurde folgender Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

Die Stadt Ahrensburg erwirbt eine noch nicht vermessene Teilfläche in einer Größe von ca. 1.650 m² vom ehemaligen Asklepios-Grundstück Reeshoop 38, Gemarkung Ahrensburg, Flur 11, Flurstück 87. Die Fläche wird als potenzielle Erweiterungsfläche für die Grundschule Am Schloß erworben. Der Kaufpreis inklusive Nebenkosten beläuft sich insgesamt auf rund 600.000 €.

4. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Wilde verliest die Antworten zu den in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.12.2016 gestellten Fragen von Frau Dr. Miede zur Beteiligung der Stadt Ahrensburg an den Fair Trade Towns (**siehe Anlage**).

Auf Anfrage von Frau Sigrid Steinweg, welche Art von Geschäfte sich im Lindenhof etablieren, führt die Verwaltung aus, dass die Entscheidung hierüber der Investor, die Curata GmbH, trifft, die sich zurzeit in Verhandlungen mit verschiedenen Interessenten befindet.

Zu ihrer weiteren Frage eines Kinostandortes wird auf die Überlegungen der Bebauung der Alten Reitbahn einhergehend mit dem Umzug des Edeka Marktes von der Bahnhofstraße zu an der Reitbahn verwiesen. Es bestehen Überlegungen in diesem Zusammenhang ein Kino auf dem dann freiwerdenden Edeka-Grundstück in der Bahnhofstraße zu errichten.

Frau Steinweg erklärt, dass sie Mitglied des neu zusammentretenden Seniorenbeirats wird.

Bürgermeister Sarach beantwortet anschließend die von Herrn Dzubilla gestellten Fragen wie folgt:

1. Die Stabsstelle „Strategische Stadtentwicklung und Stadtmarketing“ besteht seit ca. zwei Jahren.
2. Zu den Personalkosten der „Stabsstelle „Strategische Stadtentwicklung und Stadtmarketing“ verweist Bürgermeister Sarach auf die Ausweisung der Besoldungsgruppe im Stellenplan. Für Büro- und sonstige Kosten gibt es Pauschalberechnungen in der Verwaltung, die jederzeit nachgeliefert werden können.
3. Weiter stellt Herr Dzubilla folgende Frage: „Welche Konzepte und Strategien hat die Stabsstelle Strategische Stadtentwicklung bis heute entwickelt und umgesetzt – bitte nur die 10 wichtigsten nennen.“
Bürgermeister Sarach führt aus, dass das wichtigste Projekt die Entwicklung eines Stadtmarketingkonzeptes ist. In der kommenden Sitzung ist vereinbart, dem Hauptausschuss sowohl einen Sachstandsbericht als auch eine Beschlussvorlage über das weitere Vorgehen mit einem Zeit- und Konzeptplan vorzulegen. Bedeutung und Umfang des Projektes kann als ein einziges Projekt mehrere Projekte aufwiegen. Außerdem sind nebenbei Einzelaktionen durchgeführt worden. Ob und wie lange ein Prozess dauert, ist unterschiedlich, dafür gibt es Erklärungen und Gründe, die dem Hauptausschuss mitgeteilt werden.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung des Tagesordnungspunktes „Grundstücksangelegenheit, Vorlagen-Nr. 2016/155/1“ in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten (§ 35 Abs. 2 Gemeindeordnung) zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannter Änderung der mit Einladung vom 10.01.2017 versandten Tagesordnung einstimmig zu.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2016 vom 19.12.2016

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

Siehe **nicht öffentliche Anlage**.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht Nr. 02/2017

Der Finanzbericht Nr. 02/2017 ist als **Anlage** beigelegt.

7.2.2. Übergabe des Grundstücks "Lindenhof-Parkplatz"

Die offizielle Übergabe des Grundstücks Lindenhof an den neuen Eigentümer soll am 24.01.2017 erfolgen. Der neue Eigentümer beabsichtigt, das Grundstück zeitnah abzusperrern.

7.2.3. Wahl des Seniorenbeirates

Sofern gem. § 2 Abs. 1 der Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates die Anzahl der zugelassenen Wahlvorschläge der Anzahl der zu wählenden Mitglieder für den Seniorenbeirat entspricht oder unterschreitet, gelten die zugelassenen Wahlvorschläge als gewählt. Die Wahl selbst ist bei 15 Kandidaten entbehrlich. Angesichts der Tatsache, dass sich 15 Kandidaten für den Seniorenbeirat aufgestellt haben, ist die Seniorenbeiratswahl somit entbehrlich. Sämtliche 15 Kandidaten, die sich aufgestellt haben, werden Mitglied im Seniorenbeirat.

7.2.4. Dankschreiben "Querungshilfe über die Kurt-Fischer-Straße vor den Stormarner Werkstätten"

Die Stormarner Werkstätten haben sich schriftlich im Rahmen eines Plakates bei der Verwaltung und der Selbstverwaltung bedankt, dass eine Querungshilfe über die Kurt-Fischer-Straße vor den Stormarner Werkstätten gebaut wird.

**8. Erlass der Haushaltssatzung 2017
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2017**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Schmick hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Eckert erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag wegen der abgelehnten Stellen Beteiligungs- und Risikomanagement, Zentrale Auftragsvergabe, Landschaftsplaner und Klimaschutzmanager nicht zustimmen wird, da personelle Ressourcen für die konzeptionelle Arbeit der Verwaltung dringend erforderlich seien.

Diese Positionen würden auch Steuerungsmöglichkeiten für die Verwaltung bieten. In der Sitzung des Hauptausschusses habe er die Auseinandersetzung mit Sachargumenten vermisst. Er weist auf die Empfehlung des Landesrechnungshofes hin.

Stadtverordneter Levenhagen führt im Namen der CDU-Fraktion aus, dass die Höhe der Gewerbesteuererinnahme aus dem Jahr 2015 bereits der Höhe der Personalausgaben aus 2017 entspreche. Je höher die Personalausgaben, desto geringer sei der Spielraum für weitere erforderliche Ausgaben. Neue Aufgaben würden nicht zwangsläufig die Bereitstellung neuer Stellen bedingen, sondern die Prüfung der Erfüllung der Aufgabeneffizienz, eine Aufgabenverschiebung bzw. Stellenverschiebung. Der Landesrechnungshof gibt keine Entscheidungen vor, sondern es handelt sich lediglich um Empfehlungen. Die Stadt ist nicht zur Umsetzung verpflichtet. Die CDU-Fraktion wird der Empfehlung des Hauptausschusses als Kompromiss zustimmen.

Stadtverordneter Hansen begrüßt im Namen von Bündnis 90/Die Grünen die Zustimmung des Antrages auf Bereitstellung einer weiteren Stelle im Tiefbau, die erforderlich sei, um den Investitionsstau abzuarbeiten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedauert, dass die Stelle des Klimaschutzmanagers im Hauptausschuss abgelehnt worden sei. Diese Stelle, die erforderlich sei, um den Klimaschutz voranzutreiben, sei nicht nur förderfähig, sondern finanziere sich durch andere Projekte, wie auch die Erfahrungen beim Kreis Stormarn zeigen. In allen größeren Städten des Kreises gebe es einen Klimaschutzmanager. Er stellt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachfolgenden Antrag „Die Stelle Klimaschutzmanager wird in den Stellenplan aufgenommen, so wie von der Verwaltung mit der Vorlage Nr. 2016/121 geplant. Die Zuweisung in Höhe von 29.400 € in 2017 und 44.000 € in 2018 und 2019 werden in den Haushalt eingestellt.“

Stadtverordneter Schmick sieht im Namen der WAB-Fraktion eine Mehrung von 9,9 Stellen bei Gegenüberstellung der Einnahmen im kritischen Bereich und zweifelt an, dass die Aufgaben in der Kernverwaltung nicht auch anders erfüllt werden können. Er mahnt an, dass die Stadt über ihre Verhältnisse lebe.

Stadtverordneter Reuber vertritt im Namen der SPD-Fraktion die Auffassung, dass die beantragten Stellen zur Konzeption und Planung erforderlich seien. Ohne Bereitstellung würden wesentliche Aufgaben der Verwaltung nicht wahrgenommen werden. Die Stelle Beteiligungs- und Risikomanagement prüfe, inwieweit unnötiges Geld ausgegeben werde. Die Stelle Vergaberecht sei bedingt durch das immer komplizierter werdende EU-Recht. Sofern in dem Verfahren Fehler unterlaufen, bedinge dies Schadensersatzansprüche gegenüber der Stadt. Auch die Bereitstellung eines Klimaschutzmanagers sei notwendig.

Stadtverordneter Koch führt aus, dass die Verwaltung 9,9 Stellen beantragt habe. Im Rahmen der Stellenplanberatungen im Hauptausschuss seien zwar 2,46 Stellen gestrichen, jedoch sei zusätzlich im Rahmen der Beratungen den beiden neu beantragten Stellen im Fachdienst Straßenwesen und Stadtplanung/Städtebauförderung zugestimmt worden, sodass insgesamt 9,3 Stellen von dem Hauptausschuss bewilligt worden seien. Mit Hinweis auch auf die steigenden Personalkosten appelliert er, dem empfohlenen Kompromiss des Hauptausschusses zuzustimmen.

Stadtverordneter Bellizzi spricht sich im Namen der FDP-Fraktion für den Kompromissvorschlag des Hauptausschusses aus, der Schwerpunkte im Rahmen des Straßenwesens mit der Bereitstellung eines weiteren Tiefbauingenieurs, mit einer Stelle in der Stadtplanung/Städtebauförderung und mit einem Energiemanager, der nach ca. drei Jahren die Aufgaben des Klimaschutzmanagers übernehmen soll, setzt.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt, dass, sofern dem Antrag auf Bereitstellung der Stelle des Klimaschutzmanagers zugestimmt wird, die FDP-Fraktion vorsorglich folgenden Antrag stellt „Die Stelle des Energiemanagers wird gestrichen.“ Der Energiemanager sei nicht gestrichen worden, weil stattdessen der Klimaschutzmanager gestrichen worden sei.

Stadtverordneter Egan führt im Namen der WAB-Fraktion aus, dass die WAB-Fraktion der Stelle im Straßenwesen und der Stelle Städtebauförderung zustimmt, da mit diesen Stellen für die Stadt Werte geschöpft und die Stadt effizient weiterbringen würde. Die Einrichtung einer Stelle für das Beteiligungs- und Risikomanagement sei nicht zu befürworten, da ein Konzept auch aufgrund nicht vorliegender Bilanzen, der fehlenden Struktur bzw. fehlender unterjähriger Planungen, die Grundlage für die Arbeit eines Beteiligungs- und Risikomanagers sei, nicht vorhanden sei. Eine Risikokontrolle aufgrund fehlender Bilanzen können nicht vorgenommen werden. Seiner Auffassung nach sind mit Verweis auf das verabschiedete integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept die Aufgaben des Energiemanagers und des Klimaschutzmanagers eng verwandt, deshalb sollte zuerst mit einer Stelle begonnen werden, sofern „Grund darin sei“, könnte man über eine weitere Stelle nachdenken.

Stadtverordneter Randschau erklärt, dass er abweichend von der SPD-Fraktion im Hauptausschuss die Stelle des Klimaschutzmanagers aufgrund mangelnder Überzeugung abgelehnt habe. Im Übrigen wollte er im Rahmen der Diskussion im Hauptausschuss darauf hinwirken, dass die Stadt einen Energiemanager bekomme.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Levenhagen, Brandt, Koch und Hengstler.

Anschließend wird wie folgt über den Antrag des Stadtverordneten Hansen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt:

„Die Stelle Klimaschutzmanager wird in den Stellenplan aufgenommen, so wie von der Verwaltung mit der Vorlage Nr. 2016/121 geplant. Die Zuweisung in Höhe von 29.400 € in 2017 und 44.000 € in 2018 und 2019 werden in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:	9 dafür
	17 dagegen
	3 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Stadtverordneter Bellizzi zieht anschließend seinen Antrag, die Stelle des Energiemanagers zu streichen, zurück.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2016/121/1 wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	20 dafür
	9 Enthaltungen

Dem Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2016/121/1 ist somit zugestimmt.

9. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Koch hält den Sachvortrag. Aufgrund der Erfahrungen aus der Vergangenheit mit den fertiggestellten positiven Jahresabschlüssen 2009 bis 2014 und den vorliegenden Entwurf des Jahresabschlusses 2015 seien im Haushaltsentwurf 2017 mehr Investitionen enthalten als in den Vorjahren, wie Projekte Straßensanierung Spechtweg, Feuerwehrfahrzeuge, Schulbaumaßnahmen, Moorwanderwegbrücke. Die verbesserte finanzielle Situation habe auch dazu geführt, dass Anträge der Fraktionen zugestimmt und in den Haushaltsentwurf 2017 aufgenommen werden konnten, wie Neubau des Spielplatzes Gorch-Fock-Straße, Fahrradstellplätze am Bahnhof, vorgezogene Sanierung der Grundschule Am Schloß, im Bereich der Straßenbaumaßnahme Spechtweg auch die Anbindung an die Hagener Allee mit einem Kreisell. Trotz der Investitionen würde der Haushalt in 2017 bei einem Haushaltsvolumen von 70,6 Mio. € im Ergebnishaushalt mit einem Überschuss von rd. 3,4 Mio. € planmäßig abgeschlossen werden. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung 2018 bis 2020 sieht der Haushaltsentwurf positive Jahresüberschüsse in unterschiedlicher Höhe vor. Die Verschuldung des internen Haushalts der Stadt Ahrensburg wird sich in 2017 nicht erhöhen, da 1 Mio. € an Neukrediten in gleicher Höhe Tilgung und sonstige Rückzahlungen gegenüberstehen. Der Finanzausschuss hat empfohlen, der Haushaltssatzung zuzustimmen.

Stadtverordneter Bellizzi stimmt im Namen der FDP-Fraktion dem ausgeglichenen Haushaltsentwurf 2017 zu. Der Schlossstiftung könnten somit die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es handele sich um einen Haushalt mit Substanz mit Investitionsmaßnahmen, wie der Straßenbau „Spechtweg“ mit Anbindung an die Hagener Allee, Weiterentwicklung des Radwegekonzepts, Planung des Fahrradparkhauses und Errichtung neuer Fahrradparkplätze. Gleichzeitig wird in Schulprojekten wie Schulhofsanierung und die Erweiterung von Schulen investiert. Die ausgeglichenen Haushalte in der mittelfristigen Finanzplanung seien durch die pauschale Kürzung der Personalaufwendungen erreicht worden.

Stadtverordneter Egan erklärt, dass die WAB-Fraktion dem Haushalt zustimmen wird. Er mahnt jedoch, dass der ausgeglichene Haushalt auf die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen und Kostenerstattungen der WAS zurückzuführen sei. Ohne diese Einnahmen läge das Ergebnis im Ergebnishaushalt 2017 bei minus 8,4 Mio. € bzw. 2018 der Verlust bei 1,6 Mio. €. Die strukturellen Probleme im Haushaltsentwurf 2017 seien nicht gelöst worden. Die Erträge würden seit 2013 im Durchschnitt um ca. 1 Mio. € steigen – maßgebend sei die Einkommenssteuer, während die Gewerbesteuer trotz Erhöhung der Hebesätze mit dem Ansatz 2017 weit unter dem Ansatz von 2013 liege. Demgegenüber würde jedoch eine Erhöhung der Aufwendungen um ca. 1 Mio. € der Personalkosten, ca. 1 Mio. € der Dienstleistungen und ca. 1 Mio. € der Kosten für die Kinderbetreuung stehen. Diese Mehrausgaben in Höhe von ca. 3 Mio. € würden bis 2019 aus den Erlösen aus Grundstücksverkäufen finanziert werden.

Er weist weiterhin darauf hin, dass im letzten Jahr Investitionspläne in Höhe von ca. 20 Mio. € vorgesehen seien, davon jedoch tatsächlich nur ca. 8 Mio. € ausgegeben worden seien. Insofern wird ein Überhang von ca. 12 Mio. € in das Jahr 2017/2018 übertragen. Für die beiden Jahre zusammen sieht der Haushaltsentwurf 2017 ein Investitionsvolumen von ca. 16 Mio. € vor. Durch den zugestimmten Anträgen der Fraktionen sei dieses Investitionsvolumen auf ca. 23 Mio. € angestiegen, inklusive der Altprojekte würden sich die Investitionsmaßnahmen insgesamt auf ca. 35 Mio. € belaufen. Die politischen, technischen und finanziellen Kapazitäten der Verwaltung würden massiv überdehnt. Es werden Investitionen versprochen, die nicht eingehalten werden könnten.

Stadtverordneter Möller führt im Namen der SPD-Fraktion aus, dass aufgrund der späten Verabschiedung des Haushalts auch in der Vergangenheit nicht genügend Zeit für die Umsetzung von Investitionen mit der Folge von Haushaltsresten bestehen und Projekte „vor uns hergeschoben werden“. Gemäß Bericht über das Infrastrukturvermögen der Stadt erfolge die Abnahme des Vermögens in dem Zeitraum 2008 bis 2014 um 4 % trotz des Baues etlicher neuer Straßen. Grund sei der rapide Wertverlust der alten Straßen, denn 60 % der Straßen sei 30 Jahre und älter. Die über die Jahre aufgelaufenen notwendigen Reparaturkosten würden sich inzwischen auf 26 Mio. €, davon 22,5 Mio. € für notwendige Erneuerungsinvestitionen summieren. Anträge für mehr Investitionsmittel allein würden wenig bewirken, da Personal für die Planung und Durchführung fehlen würde. Zu den Aufgaben der Stadt gehöre, das Vermögen zu erhalten und zu erneuern und dies sei ohne Grundsteuererhöhung nicht mehr möglich. Hierzu gehören Maßnahmen wie u. a. das Vortreiben der Innenstadtsanierung mit der Rathaussanierung und dem Ausbau der Hamburger Straße. Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen auch unter Berücksichtigung, dass der Haushalt Risiken für die Zukunft beinhaltet.

Stadtverordneter Koch führt im Namen der CDU-Fraktion aus, dass die Hebesätze wegen eines strukturellen Defizits in der Vergangenheit erhöht worden seien, obwohl 2014 ein deutlicher Überschuss im Jahresabschluss verzeichnet werden konnte. Eine Senkung der Hebesätze und somit der Grundsteuer sei jedoch nicht wieder erfolgt.

Darüber hinaus seien im Haushaltsentwurf und in den Folgejahren Baukosten für die Rathaussanierung in Höhe von ca. 9,9 Mio. € veranschlagt. Der städtische Eigenteil wurde mit 1/3 kalkuliert, also mit 3,3 Mio. €. Die Einplanung dieser Mittel im Haushaltsentwurf 2017 für die Rathaussanierung bedeute nicht, dass die CDU-Fraktion der Rathaussanierung in diesem Umfang zustimmen werde. Der Umfang der Sanierungsmaßnahme wurde allein deshalb eingestellt, um das gesamte Antragsverfahren zur Städtebauförderung nicht zu gefährden. Die inhaltliche Entscheidung ist noch nicht getroffen und wäre noch für jede einzelne Maßnahmen in der Stadtverordnetenversammlung zu führen. Da nicht sämtliche Ausgaben als förderungsfähig anerkannt werden, wird der Eigenanteil mehr als 3,3 Mio. € betragen. Mit der Anmeldung zum Haushalt besteht von der CDU-Fraktion keine Zustimmung zu einer Rathaussanierung von 10 Mio. €.

Die CDU-Fraktion wird trotz der beiden vorgenannten Punkte dem Haushalt zustimmen.

Stadtverordneter Schmick erklärt, dass er den vorangegangenen Ausführungen des Stadtverordneten Koch zur Städtebauförderung im Namen der WAB-Fraktion zu 100 % zustimme.

Stadtverordneter Langbehn stimmt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Haushaltsentwurf 2017 zu. Er kritisiert, dass das Ziel der Verringerung des Ausgleichs des strukturellen Defizits nicht erzielt worden sei. Zum kommenden Haushaltsjahr sollte der Haushalt rechtzeitig den Gremien vorgelegt werden und sich auf weniger Projekte pro Jahr gemeinsam beschränkt werden, um auch die Verwaltung von den Planungsarbeiten zu entlasten. Bei einem Überschuss von 3,5 Mio. € im Ergebnishaushalt könne einer Grundsteuererhöhung nicht zugestimmt werden, zumal darüber hinaus Schwierigkeiten bestehen würden, diese in diesem Jahr auch zu „verbauen“.

Stadtverordneter Stukenberg von der FDP-Fraktion bedauert, dass zwar vor zehn Jahren vom Bund die Förderung der Vereinbarkeit von Kind und Beruf beschlossen worden sei, für die Umsetzung die Kommunen jedoch lediglich „Almosen“ vom Land, erhalten würden, obwohl auch der Bund hiervon profitiere. Man sei vor zehn Jahren mit vier Stunden am Tag für die Betreuung der Dreijährigen gestartet, heutzutage werden bereits Einjährige und Jüngere den ganzen Tag untergebracht sowie zusätzliche Investitionen im Schulbau zur Hortunterbringung getätigt.

Die Einkommens- und die Grundsteuer würden sich allein aufgrund des Zuzugs von Einwohnern nach Ahrensburg erhöhen, insofern sei eine Erhöhung der Hebesätze hinfällig.

Stadtverordneter Bellizzi weist darauf hin, dass der Haushalt der Stadt Ahrensburg ein Investitionsvolumen von 16 % habe im Vergleich zum Land Schleswig-Holstein mit einem Investitionsvolumen von 8 %.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Bürgermeister Sarach und Stadtverordneten Proske.

Anschließend wird wie folgt über nachfolgenden geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt:

„Die Haushaltssatzung wird in der diesem Tagesordnungspunkt beigefügten Fassung (**siehe Anlage zu TOP 9**) beschlossen.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**10. Kostenausgleiche nach § 25 a Kindertagesättengesetz
- Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 95 d GO**

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Brandt hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/150 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

11. Parkgebührenerlass für E-Autos im Stadtgebiet

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/149/1 zu.

Abstimmungsergebnis:

	27 dafür
	1 dagegen
	1 Enthaltung

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin